

INHALTSÜBERSICHT

Einführung – Problemstellung, Ziel und Aufbau der Untersuchung	1
A. Überlegungen zur Rechtfertigung einer staatlichen Wirtschaftsaufsicht über den Kredit- und Finanzdienstleistungssektor	7
I. Vorbemerkungen	7
II. Zur Begründung der staatlichen Überwachung von Kreditinstituten	10
III. Zur Begründung der staatlichen Überwachung von Finanzdienstleistungsinstituten	29
B. Die Internationalisierung der Bankenaufsicht	31
I. Grundlagen	31
II. Die Zusammenarbeit in der Bankenaufsicht in der Europäischen Union	37
III. Die Zusammenarbeit in der Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	80
C. Die Rechtsgrundlagen der Bankenaufsicht	89
I. Historische Rückschau	89
II. Derzeitiger Stand	94
D. Der institutionelle Rahmen der Bankenaufsicht	99
I. Überblick	99
II. Die Träger der Bankenaufsicht	101
III. Die Adressaten der Bankenaufsicht	138
E. Die Zwecke der Bankenaufsicht sowie die Tätigkeitsziele des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen	161
I. Überblick	161
II. Die Beaufsichtigung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes	163
III. Das Einschreiten gegen bestimmte Missstände im Kredit- und Finanzdienstleistungswesen	169
IV. Die Ausübung der Aufgaben nur im Allgemeininteresse	172

F. Das Instrumentarium der Bankenaufsicht	173
I. Einführende Bemerkungen und Überblick	173
II. Die Eigenmittelausstattung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute als zentraler Anknüpfungspunkt bankenaufsichtsrechtlicher Regelungen	179
III. Die Marktzugangsregelungen für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	203
IV. Der Ordnungsrahmen der laufenden geschäftlichen Tätigkeit von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	218
V. Die Informationsbasis der Bankenaufsichtsträger	504
VI. Die Einwirkungsmöglichkeiten des BAKred auf die Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	528
Schlussbetrachtung	553

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	III
Inhaltsübersicht	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Abbildungen	XIX
Verzeichnis der Anlagen	XXV
Verzeichnis der Abkürzungen	XXVII
Einführung – Problemstellung, Ziel und Aufbau der Untersuchung	1
A. Überlegungen zur Rechtfertigung einer staatlichen Wirtschaftsaufsicht über den Kredit- und Finanzdienstleistungssektor	7
I. Vorbemerkungen	7
II. Zur Begründung der staatlichen Überwachung von Kreditinstituten	10
1. Überblick	10
2. Gläubigerschutz	11
3. Funktionenschutz	18
4. Fazit	26
III. Zur Begründung der staatlichen Überwachung von Finanzdienstleistungsinstituten	29
B. Die Internationalisierung der Bankenaufsicht	31
I. Grundlagen	31
1. Die Notwendigkeit einer Internationalisierung der Entwicklung und Ausgestaltung bankenaufsichtsrechtlicher Bestimmungen	31
2. Die Ziele einer internationalen Ausrichtung bankenaufsichtsrechtlicher Regelungen	32
a) Überblick	32
b) Die Sicherstellung des Allgemeininteresses	33

c) Die Beseitigung bzw. Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen	34
II. Die Zusammenarbeit in der Bankenaufsicht in der Europäischen Union	37
1. Der einheitliche europäische Binnenmarkt auf dem Gebiet des Finanzwesens – der „Europäische Finanzraum“	37
2. Das Bankenaufsichtsrecht im Harmonisierungsprozess der Europäischen Union	44
a) Konzepte der Harmonisierung des Bankenaufsichtsrechts innerhalb der Europäischen Union	44
aa) Überblick	44
ab) Phase 1: Das Konzept einer weitestgehenden Harmonisierung der nationalen bankenaufsichtsrechtlichen Vorschriften in einem einzigen großen Schritt	45
ac) Phase 2: Das Konzept der stufen- bzw. abschnittsweisen Harmonisierung nationaler Bankenaufsichtsregeln auf einem möglichst hohen gemeinsamen Standard	48
ad) Phase 3: Das Konzept der gegenseitigen Anerkennung der Gleichwertigkeit und nur noch minimalen Harmonisierung nationaler Bankenaufsichtsnormen	49
b) Die vertraglich formulierten Rechtshandlungen der Europäischen Union zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der europäischen Mitgliedstaaten	58
c) Institutionelle Regelungen der Europäischen Union zur Harmonisierung des Bankenaufsichtsrechts	61
ca) Überblick	61
cb) Arbeitsgruppe Bankrechtskoordinierung	62
cc) Kontaktgruppe der Bankenaufsichtsbehörden	64
cd) Beratender Bankenausschuss	65
ce) Sachverständigenausschuss für die Interpretation und Anwendung der Bankrechtsrichtlinien	68

cf)	Ausschuss der Verbände für das Kreditwesen	69
cg)	Wirtschafts- und Sozialausschuss	70
ch)	Ausschuss der Ständigen Vertreter	70
d)	Überblick zum Stand der Harmonisierungsarbeiten der Europäischen Union im Bereich des Bankenaufsichtsrechts	71
III.	Die Zusammenarbeit in der Bankenaufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	80
1.	Das Erfordernis einer weltweit kooperierenden Bankenaufsicht	80
2.	Die Institutionalisierung der weltweiten Kooperation durch den „Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht“	81
a)	Organisation, Aufgaben und Kompetenzen des „Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht“	81
b)	Überblick über die Verlautbarungen des „Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht“	85
C.	Die Rechtsgrundlagen der Bankenaufsicht	89
I.	Historische Rückschau	89
II.	Derzeitiger Stand	94
D.	Der institutionelle Rahmen der Bankenaufsicht	99
I.	Überblick	99
II.	Die Träger der Bankenaufsicht	101
1.	Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen	101
2.	Die Einbeziehung der Deutschen Bundesbank in die Bankenaufsicht	106
3.	Die Mitwirkung anderer Stellen bei der Bankenaufsicht	111
a)	Vorbemerkungen	111
b)	Die Mitwirkung der Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	112
ba)	Überblick	112

bb)	Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in ihrer Funktion als Abschlussprüfer von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	113
bc)	Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in ihrer Funktion als Depotprüfer von Banken	120
c)	Die Mitwirkung der Spitzenverbände des Kredit- und Finanzdienstleistungsgewerbes	123
d)	Die Mitwirkung verschiedener Behörden des Bundes und der Länder	125
e)	Die Mitwirkung der nationalen Bankenaufsichtsinstanzen der einzelnen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums	128
4.	Die Beteiligung der Bundesregierung, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums der Justiz an der Bankenaufsicht	130
a)	Überblick	130
b)	Bundesregierung	131
c)	Bundesministerium der Finanzen	133
d)	Bundesministerium der Justiz	137
III.	Die Adressaten der Bankenaufsicht	138
1.	Einleitende Bemerkungen	138
2.	Die unmittelbaren Adressaten der Bankenaufsicht	139
a)	Kreditinstitute	139
b)	Finanzdienstleistungsinstitute	150
3.	Die mittelbaren Adressaten der Bankenaufsicht	156
a)	Vorbemerkungen	156
b)	Finanzunternehmen	157
c)	Finanzholding-Gesellschaften	159
d)	Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten	159
e)	Gemischte Unternehmen	160

E. Die Zwecke der Bankenaufsicht sowie die Tätigkeitsziele des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen	161
I. Überblick	161
II. Die Beaufsichtigung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes	163
III. Das Einschreiten gegen bestimmte Missstände im Kredit- und Finanzdienstleistungswesen	169
IV. Die Ausübung der Aufgaben nur im Allgemeininteresse	172
F. Das Instrumentarium der Bankenaufsicht	173
I. Einführende Bemerkungen und Überblick	173
II. Die Eigenmittelausstattung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute als zentraler Anknüpfungspunkt bankenaufsichtsrechtlicher Regelungen	179
III. Die Marktzugangsregelungen für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	203
IV. Der Ordnungsrahmen der laufenden geschäftlichen Tätigkeit von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	218
1. Vorbemerkungen	218
2. Die Rahmenvorschriften für die innere Struktur der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	220
a) Die Begrenzung des Adressenrisikos sowie der Marktpreisänderungsrisiken durch den Eigenmittelgrundsatz I	220
aa) Grundlagen, Regelungsinhalte und Anwendungsbereich des Eigenmittelgrundsatzes I	220
ab) Die Bestimmungen des Grundsatzes I über die erforderliche Mindesteigenkapitalausstattung zur Abdeckung des Adressenrisikos	228
(1) Die Koeffizientendarstellung für den Bereich des Adressenrisikos	228
(2) Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge von Bilanzaktiva	233

(3) Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge „traditioneller“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte	251
(4) Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge „innovativer“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte	259
ac) Die Bestimmungen des Grundsatzes I über die erforderliche Mindesteigenkapitalausstattung zur Abdeckung der Marktpreisänderungsrisiken	275
(1) Die Betragsdeckungsdarstellung für den Bereich der Marktpreisänderungsrisiken	275
(2) Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Währungsgesamtposition	278
(a) Überblick	278
(b) Die Konkretisierung der einbeziehungs- pflichtigen Positionen	279
(c) Die Berechnung der offenen Währungs- gesamtposition	282
(d) Die Festlegung des Umfangs der Eigen- mittelunterlegung	284
(3) Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Rohwarenposition	288
(4) Die Ermittlung der Anrechnungsbeträge für die Handelsbuch-Risikopositionen	297
(a) Überblick	297
(b) Die Ermittlung der Anrechnungsbeträge für das allgemeine und das besondere Aktienkursrisiko	299
(ba) Die Konkretisierung der einbeziehungs- pflichtigen Positionen	299
(bb) Die Berechnung der Aktiennetto- positionen	304

(bc)	Die Festlegung des Umfangs der Eigenmittelunterlegung für das allgemeine Aktienkursrisiko	308
(bd)	Die Festlegung des Umfangs der Eigenmittelunterlegung für das besondere Aktienkursrisiko	309
(be)	Der Gesamtanrechnungsbetrag für das allgemeine und das besondere Aktienkursrisiko	315
(c)	Die Ermittlung der Anrechnungsbeträge für das allgemeine und das besondere Zinsrisiko	317
(ca)	Die Konkretisierung der einbeziehungspflichtigen Positionen	317
(cb)	Die Berechnung der Zinsnettopositionen	320
(cc)	Die Festlegung des Umfangs der Eigenmittelunterlegung für das allgemeine Kursrisiko aus Zinsnettopositionen	328
(cd)	Die Festlegung des Umfangs der Eigenmittelunterlegung für das besondere Kursrisiko aus Zinsnettopositionen	339
(ce)	Der Gesamtanrechnungsbetrag für das allgemeine und das besondere Zinsrisiko	348
(d)	Die Ermittlung der Anrechnungsbeträge für die Adressenrisiken der Handelsbuchpositionen	349
(da)	Überblick	349
(db)	Der Anrechnungsbetrag für das Abwicklungsrisiko	350

(dc)	Der Anrechnungsbetrag für das Vorleistungsrisiko	351
(dd)	Der Anrechnungsbetrag für das Erfüllungsrisiko aus Pensionsgeschäften und Leihgeschäften	353
(de)	Der Anrechnungsbetrag für das Erfüllungsrisiko bei außerbörslich gehandelten derivativen Instrumenten	359
(df)	Der Anrechnungsbetrag für das Adressenrisiko aus Forderungen in Form von Gebühren, Provisionen, Zinsen, Dividenden und Einschüssen	361
(e)	Die Zusammenfassung der Anrechnungsbeträge für die Handelsbuch-Risikopositionen	361
(5)	Die Zusammenfassung der Anrechnungsbeträge für die Marktrisikopositionen	363
ad)	Die Darstellung des Adressenrisikos sowie der Marktpreisänderungsrisiken in einer Gesamtkennziffer	364
b)	Die Begrenzung der Liquiditätsrisiken durch die bisherigen Liquiditätsgrundsätze II und III bzw. den neuen Liquiditätsgrundsatz II	368
ba)	Überblick	368
bb)	Die Bestimmungen der bisherigen Liquiditätsgrundsätze II und III	369
bc)	Die Bestimmungen des neuen Liquiditätsgrundsatzes II	383
3.	Die Rahmenvorschriften für die Gestaltung und Durchführung des Kreditgeschäfts	402
a)	Vorbemerkungen	402
b)	Die Vorschriften zur Regulierung des Großkreditgeschäfts	404

ba) Zwecksetzung der Großkreditvorschriften	404
bb) Großkredite von Nichthandelsbuchinstituten	406
(1) Großkreditdefinition und Großkreditberechnung	406
(2) Anzeigen und Beschlussfassung	417
(3) Großkreditobergrenzen	422
(4) Ausnahmen von einzelnen Großkreditpflichten	427
bc) Großkredite von Handelsbuchinstituten	440
c) Die Vorschriften über die Meldung von Millionen- krediten	445
d) Die Vorschriften über die Vergabe von Organkrediten	455
e) Die Vorschriften über eine ausreichende Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern	463
ea) Die Offenlegungspflicht nach § 18 Satz 1 KWG – Anwendungsbereich und Zielsetzung	463
eb) Die Verfahrensschritte der Bonitätsprüfung nach § 18 Satz 1 KWG	465
ec) Die Ausnahmen von der Pflicht zur Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Kreditnehmers	473
4. Die Rahmenvorschriften für das Betreiben von Handels- geschäften	482
a) Vorbemerkungen	482
b) Abgrenzung des Begriffs der Handelsgeschäfte	485
c) Allgemeine Anforderungen	487
ca) Verantwortung der Geschäftsleitung	487
cb) Festlegung von Rahmenbedingungen durch die Geschäftsleitung	488
cc) Geschäfte in neuartigen Produkten oder auf neuen Märkten	489
cd) Qualifikation und Verhalten der Mitarbeiter	491
ce) Abschluss von Geschäften zu marktgerechten Bedingungen	492
cf) Aufbewahrung von Unterlagen	492

d) Anforderungen an das Risikocontrolling und Risiko- management	493
e) Anforderungen an die Organisation der Handelstätigkeit	496
f) Anforderungen an die Innenrevision	499
5. Die Rahmenvorschriften für das Eingehen von so genannten „bedeutenden Beteiligungen“ an Unternehmungen des nichtfinanziellen Sektors	500
V. Die Informationsbasis der Bankenaufsichtsträger	504
1. Vorbemerkungen	504
2. Die Mitteilungspflichten der Kredit- und Finanzdienst- leistungsinstitute gegenüber dem BAKred und der Deutschen Bundesbank	505
a) Die unaufgeforderte Bekanntgabe von Informationen aufgrund von KWG-Bestimmungen	505
aa) Regelmäßig zu übermittelnde Informationen	505
ab) Fallweise zu übermittelnde Informationen	509
b) Die Bekanntgabe von Informationen aufgrund spezieller Aufforderung	521
3. Die Mitteilungspflichten der Prüfer von Kredit- und Finanz- dienstleistungsinstituten gegenüber dem BAKred und der Deutschen Bundesbank	525
a) Die unaufgeforderte Bekanntgabe von Informationen aufgrund von KWG-Bestimmungen	525
b) Die Bekanntgabe von Informationen aufgrund spezieller Aufforderung	526
VI. Die Einwirkungsmöglichkeiten des BAKred auf die Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	528
1. Überblick	528
2. Die Eingriffsrechte des BAKred im Allgemeinen und in besonders geregelten Fällen	529
3. Die zwangsweise Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Gebote und Verbote	543

4. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch die Verhängung von Geldbußen	544
Schlussbetrachtung	549
Anhang: Anlage 1 bis 16	553
Literaturverzeichnis	593

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb. 1:	Die Segmente des Europäischen Finanzraums	42
Abb. 2:	Das Zusammenwirken der europäischen Organe sowie weiterer europäischer Institutionen bei der Angleichung des europäischen Bankenaufsichtsrechts	63
Abb. 3:	Übersicht über angenommene, vorgeschlagene und vorgesehene Rechtsakte der Europäischen Union in kredit- und finanzwirtschaftlich besonders relevanten Bereichen	72-79
Abb. 4:	Übersicht über die beschlossenen bzw. vorgesehenen Empfehlungen, Richtlinien und Mindestanforderungen des „Baseler Komitees“ zu Themen der internationalen Bankenaufsicht	85-87
Abb. 5:	Der institutionelle Rahmen der allgemeinen staatlichen Bankenaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland	100
Abb. 6:	Die Arbeitsbereiche der einzelnen Organisationseinheiten des BAKred	105
Abb. 7:	Die Verknüpfung von Gläubiger- und Funktionenschutz mit den Tätigkeitszielen des BAKred	162
Abb. 8:	Die Mittel der Bankenaufsicht – ein systematischer Aufriss	178
Abb. 9:	Die Eigenmittelausstattung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute als Bezugsgröße bankenaufsichtsrechtlicher Vorschriften	181-186
Abb. 10:	Die Ermittlung der Eigenmittelausstattung eines Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts gemäß § 10 Abs. 1 bis 7 KWG	190-202
Abb. 11:	Die Höhe des Mindesteigenkapitals für die Anfangstätigkeit von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	207-208
Abb. 12:	Die Bagatellgrenzen des § 2 Abs. 11 Satz 1 KWG für das Handelsbuch eines Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts	225

Abb. 13: Überblick über die Regelungen des Grundsatzes I zur Eigenmittelunterlegung des Adressenrisikos sowie der Marktpreisänderungsrisiken von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	229
Abb. 14: Der strukturelle Aufbau des Solvabilitätskoeffizienten gemäß § 2 Abs. 1 Grundsatz I	231
Abb. 15: Überblick über die einzelnen Gruppen von Risikoaktiva gemäß § 4 Satz 2 Grundsatz I	232
Abb. 16: Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge von Bilanzaktiva	238
Abb. 17: Die Risikogewichtungsfaktoren für Bilanzaktiva gemäß § 13 Grundsatz I	239-249
Abb. 18: Die Eigenkapitalunterlegungsfaktoren für Bilanzaktiva differenziert nach einzelnen Risikoklassen	250
Abb. 19: Risikoklassifizierung der „traditionellen“ nicht bilanzwirksamen Geschäfte gemäß § 8 Grundsatz I	253-256
Abb. 20: Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge „traditioneller“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte	258
Abb. 21: Die Eigenkapitalunterlegungsfaktoren für „traditionelle“ außerbilanzielle Geschäfte differenziert nach einzelnen Risikoklassen	259
Abb. 22: Überblick über die in die Eigenmittelunterlegung nach § 4 Satz 2 Nr. 3 und Nr. 4 Grundsatz I einbezogenen „innovativen“ nicht bilanzwirksamen Geschäfte	261-262
Abb. 23: Die Zuschlagsfaktoren für „innovative“ nicht bilanzwirksame Geschäfte nach der Marktbewertungsmethode	268
Abb. 24: Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge „innovativer“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte nach der Marktbewertungsmethode	270
Abb. 25: Die Umrechnungsfaktoren für „innovative“ nicht bilanzwirksame Geschäfte nach der Laufzeitmethode	273
Abb. 26: Die Ermittlung der risikogewichteten Anrechnungsbeträge „innovativer“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte nach der Laufzeitmethode	274

Abb. 27: Der strukturelle Aufbau der Betragsdeckungsdarstellung gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Grundsatz I	276
Abb. 28: Einbeziehungspflichtige Geschäfte im Bereich des Wechselkurs- und Goldpreisrisikos gemäß § 15 Abs. 1 und Abs. 2 Grundsatz I	280-281
Abb. 29: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Währungsgesamtposition eines Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts	286-287
Abb. 30: Einbeziehungspflichtige Geschäfte im Bereich des Rohwarenpreisrisikos gemäß § 16 Abs. 2 und Abs. 3 Grundsatz I	290
Abb. 31: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Rohwarenposition eines Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts nach dem vereinfachten Verfahren	292
Abb. 32: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für die Rohwarenposition eines Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts nach der Zeitfächermethode	294-295
Abb. 33: Systematik der im Grundsatz I isoliert erfassten Risiken aus Positionen des Handelsbuchs	298
Abb. 34: In die Ermittlung der Aktiennettopositionen gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) Grundsatz I einzubeziehende Finanzinstrumente	301
Abb. 35: Anrechnungssätze bei verbindlicher Abgabe von Garantien und Gewährleistungen zur Übernahme von aktienkursbezogenen Wertpapieren gemäß § 18 Abs. 2 Grundsatz I	303
Abb. 36: Die Ermittlung der Aktiennettoposition eines Instituts in <i>einem</i> Wertpapier	305
Abb. 37: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das allgemeine Aktienkursrisiko	310
Abb. 38: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das besondere Aktienkursrisiko	311

Abb. 39: Die Ermittlung des (Gesamt-) Anrechnungsbetrages des Aktienkursrisikos für die Handelsbuch-Risikopositionen eines Instituts	315
Abb. 40: Die Ermittlung des (Gesamt-) Anrechnungsbetrages des Aktienkursrisikos für die Handelsbuch-Risikopositionen eines Instituts (Berechnungsbeispiel)	316
Abb. 41: In die Ermittlung der Zinsnettopositionen gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) Grundsatz I einzubeziehende Finanzinstrumente	319
Abb. 42: Die Ermittlung der Wertpapier-Zinsnettoposition eines Instituts in <i>einem</i> Wertpapier	322
Abb. 43: Laufzeitbänder, Laufzeitzonen und Gewichtungssätze der Jahresbandmethode gemäß § 21 Abs. 1 Grundsatz I	332
Abb. 44: Die Bestimmung der ausgeglichenen Bandposition sowie der offenen Bandposition eines Laufzeitbands gemäß § 21 Abs. 3 Grundsatz I	334
Abb. 45: Gewichtungssätze für ausgeglichene Positionen sowie eine verbleibende offene Zonensaldoposition gemäß § 21 Abs. 6 Grundsatz I	338
Abb. 46: Vereinfachte Darstellung der Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das besondere Kursrisiko aus Zinsnettopositionen	340
Abb. 47: Zuordnung der Qualitätsgewichtungsfaktoren zu Zinsrisikopositionen	341
Abb. 48: Wertpapiere mit hoher Anlagequalität	344
Abb. 49: Die Ermittlung des (Gesamt-) Anrechnungsbetrages des Zinsrisikos für die Handelsbuch-Risikopositionen eines Instituts	349
Abb. 50: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Abwicklungsrisiko bei Geschäften mit Schuldtiteln und Anteilspapieren nach „Methode A“ und nach „Methode B“	352
Abb. 51: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Vorleistungsrisiko im Rahmen von Wertpapiergeschäften	354

Abb. 52: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Erfüllungsrisiko aus Pensionsgeschäften und Leihgeschäften	358
Abb. 53: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Erfüllungsrisiko bei sog. „OTC-Derivaten“	360
Abb. 54: Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Adressenrisiko aus Forderungen in Form von Gebühren, Provisionen, Zinsen, Dividenden und Einschüssen	362
Abb. 55: Die Ermittlung der Summe der Anrechnungsbeträge für die Handelsbuch-Risikopositionen eines Instituts	363
Abb. 56: Die Ermittlung der Summe der Anrechnungsbeträge für die Marktrisikopositionen eines Instituts	364
Abb. 57: Der strukturelle Aufbau der Gesamtkennziffer über die Eigenmittelausstattung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 Grundsatz I	366
Abb. 58: Die nachrichtlich anzugebende Kennziffer für ungenutzte Dritträngmittel gemäß § 2 Abs. 3 Satz 3 Grundsatz I	367
Abb. 59: Schematische Darstellung des bisherigen Liquiditätsgrundsatzes II	372-374
Abb. 60: Schematische Darstellung des bisherigen Liquiditätsgrundsatzes III	375-376
Abb. 61: Der Anwendungsbereich des neuen Liquiditätsgrundsatzes II	384
Abb. 62: Der strukturelle Aufbau der Liquiditätskennzahl gemäß § 2 Abs. 2 Grundsatz II	386
Abb. 63: Der strukturelle Aufbau der Beobachtungskennzahlen gemäß § 2 Abs. 3 Grundsatz II	388
Abb. 64: Zahlenbeispiel zur Berechnung der Liquiditätskennzahl sowie der Beobachtungskennzahlen gemäß § 2 Abs. 2 und Abs. 3 Grundsatz II	390
Abb. 65: Komponenten der Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen einschließlich ihrer Zuordnung zu den verschiedenen Laufzeitbändern gemäß den §§ 3 und 4 Grundsatz II	393-400

Abb. 66: Liquiditätseffekte aus Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften gemäß § 5 Grundsatz II	403
Abb. 67: Die Übergangsbestimmungen des § 64d KWG für die Großkreditdefinitionsgrenze des § 13 Abs. 1 Satz 1 KWG	407
Abb. 68: Überblick über den Kreditbegriff des § 19 Abs. 1 KWG	409-411
Abb. 69: Überblick über die Großkreditobergrenzen des § 13 Abs. 3 KWG (einschließlich der Übergangsbestimmungen gemäß § 64d KWG)	423-424
Abb. 70: Überblick über die Ausnahmetatbestände von den Großkreditregelungen für Nichthandelsbuchinstitute	428-439
Abb. 71: Überblick über die Großkreditobergrenzen für Handelsbuchinstitute gemäß § 13a Abs. 3 bis 5 KWG	442-444
Abb. 72: Überblick über die Struktur des Millionenkreditmeldewesens nach § 14 KWG	446
Abb. 73: Überblick über den Kreis der Organkreditnehmer gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 KWG	457-458
Abb. 74: Sicherheitenliste gemäß § 18 Satz 2 KWG	476-477
Abb. 75: Die Rahmenbedingungen der Handelstätigkeit von Kreditinstituten	489
Abb. 76: Ablaufschema zur Aufnahme von Handelsgeschäften in neuartigen Produkten oder auf neuen Märkten	490
Abb. 77: Überblick über die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Funktionsbereiche der Handelstätigkeit von Kreditinstituten	497-498
Abb. 78: Überblick über die nach dem Kreditwesengesetz anzeigepflichtigen Tatbestände	510-521
Abb. 79: Überblick über die im Kreditwesengesetz eigens normierten Eingriffsrechte des BAKred	530-542
Abb. 80: Überblick über die Bußgeldvorschriften des § 56 KWG	546-547

VERZEICHNIS DER ANLAGEN

Anlage 1:	Abgrenzung der Begriffe „Kreditinstitut“, „Finanzdienstleistungsinstitut“ und „Finanzunternehmen“ anhand der getätigten Geschäfte	555-556
Anlage 2:	Die Eigenkapitalausstattung deutscher Banken in den Jahren 1995-1998 (differenziert nach Bankengruppen)	557
Anlage 3:	Die Eigenmittelausstattung der Unternehmungen des nichtfinanziellen Sektors (differenziert nach Wirtschaftsbereichen)	
	a) Die Eigenmittelquoten westdeutscher Unternehmungen in den Jahren 1994-1996	558
	b) Die Eigenmittelquoten ostdeutscher Unternehmungen in den Jahren 1994-1996	559
Anlage 4:	Struktur und Verknüpfung der Leistungsprogramme der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 1a KWG sowie der Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß § 2 Abs. 4 WpHG	560-561
Anlage 5:	Struktur und Verknüpfung der Leistungsprogramme der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 1a KWG sowie der Kreditinstitute und Wertpapierfirmen nach EU-Recht	562-563
Anlage 6:	Systematisierung des Geschäftsbankensektors nach der Struktur der angebotenen Geschäfte	564
Anlage 7:	Anzahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen nach Bankengruppen	565-566
Anlage 8:	Geschäftsvolumen der Kreditinstitute nach Bankengruppen	567-568
Anlage 9:	Gliederung der Kreditinstitute nach Größenklassen und Bankengruppen	569-570
Anlage 10:	Abgrenzung des bankenaufsichtsrechtlichen Sammelbegriffs der Finanzinstrumente gemäß § 1 Abs. 11 KWG	571-573

Anlage 11: Abgrenzung der bankenaufsichtsrechtlichen Begriffe „Handelsbuch“ und „Anlagebuch“ gemäß § 1 Abs. 12 KWG	574-576
Anlage 12: Übersicht über die wichtigsten Vorschriften für Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierhandelsbanken nach der Sechsten KWG-Novelle	577-581
Anlage 13: Beispiel für die Berechnung der Eigenkapitalanforderung „innovativer“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte nach der Marktbewertungsmethode	582-584
Anlage 14: Beispiel für die Berechnung der Eigenkapitalanforderung „innovativer“ nicht bilanzwirksamer Geschäfte nach der Laufzeitmethode	585-587
Anlage 15: Überblick über den Kreditbegriff des § 21 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 und Abs. 3 KWG (Regelungsbereich der Organkredite)	588-589
Anlage 16: Überblick über den Kreditbegriff des § 21 KWG (Regelungsbereich für die Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Kreditnehmern)	590-591